

Bürgerinitiative Windpark Lange Heide

15.02.2013

Das nachstehende Schreiben erhielten die Politiker in Osterholz-Scharmbeck. Es sollte abschließend vor ihrem **Ja** oder **Nein** zur Windturbinenplanung in der Lange Heide ihrer Kenntnis-Erweiterung zum Thema dienen.

Am 4.3.2013 tagt dazu der "Ausschuß f. Planung und Stadtentwicklung" im Rathaus sowie bereits 3 Tage später der "Verwaltungsausschuß."

Es werden an beiden Terminen die endgültigen Weichenstellungen vorgenommen:

- **Für oder gegen die Bevölkerung** -

Sehr geehrte Damen und Herren !

Wieder stellen wir fest, daß Einsprüche zur Windkraftplanung in der Lange Heide (bisher) von der Stadt nicht zügig an Sie als Entscheidungsträger weitergeleitet wurden.

Da Sie in der Ratssitzung Anfang März 2013 endgültig über die Weichenstellung abzustimmen haben, stellen wir Ihnen zu Ihrer Information eine vereinfachte **Kurzform** unserer schwerwiegendsten **zentralen Einwände** gegen diese Planung zur Verfügung.

Vollständige Ausführungen sind den bis zum 4.01.2013 sowohl an die Stadt, als auch zur Information an Sie gerichteten Einwendungen und Hinweisen zu entnehmen.

- A. Infrerschall**
- B. Vermeidung von unsinnigen Fehlplanungen**
- C. Nutzung aller sinnvollen Ressourcen durch Regionalität**
- D. Nicht gesetzeskonforme Bauleitplanung**
- E. Gewerbesteuer-Hoffnungen**

Zu **A.** **Infrerschall**

Eine kleine Auswahl von unzähligen wissenschaftlichen Analysen, Hinweisen auf Fachvorträge in Videos im Internet sowie Erfahrungsberichten wurden bisher der Stadt zur Verfügung gestellt.

Nach allen Ergebnissen hieraus sowie den Ingenieurs-Erfahrungen und weiteren fachlichen Hintergründen kommen wir zusammenfassend zum Infrerschall zu folgenden Aufklärungen und **Schlußfolgerungen**:

Bei den übergroßen Turbinen wird die Luft durch die gewaltigen Flügel der hohen Anlagen mit jedem Schlag an den Türmen vorbei hoch komprimiert. Sie breitet sich verwirbelt und, besonders belastend für die Menschen, **pulsierend** explosionsartig aus.

Meßbar ist dieses Phänomen noch in mehr als 10 km Entfernung.

Diese unheimliche Gewalt wütet unkontrollierbar zwischen ca. 0,1 - 20 Hz, also etwa unterhalb der menschlichen Hörgrenze zum hörbaren Ultraschall.

International umfangreich belegte Auswirkungen des Infrerschalls auf Menschen:

Irreparable Innenohrschäden. Tinnitus. Rachenerkrankungen. Kopfschmerzen. Probleme an Herz und Kreislauf. Unruhe und Schlaflosigkeit, verbunden mit psychischen Belastungen usw.

Auftreten sollen diese Krankheiten bei Turbinen ab knapp unter 100 m Gesamthöhe sowie insbesondere im Umkreis innerhalb von rd. 2,5 km.

Betroffen von den 150- oder 180 m hohen Turbinen wären somit ca. 6.800 Menschen in Heilshorn, Garlstedt, Buschhausen, Bargten, Hülseberg und Westerbeck.

Persönliche und bestätigende Erfahrungsberichte über die gesundheitlichen Belastungen liegen auch vor

aus ROW-Wilstedt. Als besonders belastend wird dort das Pulsieren der Wellen auf den Organismus genannt.

Die Forschung arbeitet übrigens auf der Grundlage herkömmlicher Erfahrungen mit diesem, nur in Deutschland z.T. gern verharmlosten Phänomen, seit längerer Zeit an Infraschall-Waffensystemen, einer "sauberen" Kriegs-Methode.

Fazit zur Planung 71. FNP "Lange Heide" : Die Nichtberücksichtigung der Auswirkungen der Planungen auf die Menschen ist gesetzeswidrig. § 1, Abs. 7c besagt, Zitat: " Bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen: c.) " umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt.."
Aus juristischer Sicht, auch in diesem Aspekt, entspricht der Entwurf zum 71. FNP "Lange Heide" dieser gesetzlichen Grundlage nicht.

Zu B. Vermeidung von unsinnigen Fehlplanungen vor Ort.

Wind und Sonne liefern Energien, die vom Zufall abhängig sind:

Kein oder wenig Wind ergeben keine oder kaum Energieausbeute.

Windparks laufen statistisch lediglich ca. 16 % der Gesamtzeit unter ergiebigem Volllastbetrieb. Die Fotovoltaik erzielt nur bei rd. 9,6 % Volllast. (Wolken/Nacht).

Die Strom-Netze, insbesondere bei den wachsenden Einspeisungen alternativer Energien, können unter den unumstößlichen physikalischen Grundlagen nur Strom liefern, wenn sie eine konstante Netzspannung, Frequenz sowie Phasenlage aufweisen können.

Sonst wären bei den ständigen naturgemäßen Schwankungen folgenschwere Netz-Zusammenbrüche unausweichlich programmiert.

Den Ausgleich dieser Zufalls-Energieausbeute von Wind und Solarfeldern liefern unverzichtbare Kraftwerke mit fossilen Brennstoffen. (AKWs sind oder werden abgeschaltet).

Diese mehr oder weniger verschwiegenen fossilen "Schattenkraftwerke" werden in Deutschland verstärkt benötigt, auch geplant und gebaut. Ihre Verbreitung ist im Rahmen der Planlosigkeit der "Energiewende" jedoch gefährdet. Große Probleme bereitet der Renditefaktor, da bei Wind und Sonne die Alternativen noch vorrangig, vor den fossilen

Schattenkraftwerken, also oft allein, ins Netz einspeisen dürfen. Ungeachtet dessen können die erforderlichen fossilen Schattenkraftwerke nicht parallel mit einer Geschwindigkeit erstellt werden, mit der die WKA-Betreiber unorganisiert ihre Turbinen aufgrund der hohen Profite durch die von uns Verbrauchern zu tragenden EEG-Gelder erstellen (dürfen). Die Gefahr von Netzzusammenbrüchen steigt mit der Geschwindigkeit der Inbetriebnahme von Windturbinen.

Grundsatz:

Je mehr Windparks entstehen, desto mehr konventionelle Kraftwerke müssen für Windflauten, Ausfälle, also die natürlichen witterungsbedingten Schwankungen, zur Verfügung gestellt werden. Sie müssen parallel zur alternativen Energie-Gewinnung arbeiten, und natürlich CO₂ freisetzen. Und zwar im Dauerbetrieb. Kohlekraftwerke z.B. reagieren träge. Sie können nicht konform mit den unvorhersehbaren Schwankungen der Windausbeute etc. herunter oder hoch geregelt werden. Gaskraftwerke sind ineffektiver und machen abhängig von Importen aus totalitären Staaten.

Folgeprobleme: Die Energiegewinnung durch Windkraft ist physikalisch nicht problemlos zu bewältigen und direkt nicht steuerbar. Sie ist ökologisch, wirtschaftlich und sozial so nicht sinnvoll. Finanzierungs-, Haftungs-, Risiko- sowie mangelnde Akzeptanz beim geplanten Ausbau der 20 Milliarden teuren Schwerlast-Stromnetze in den Süden verzögern deren Fertigstellung um etwa 5- bis mehr als 8 Jahre. Zusatzproblem: Wohin bis dahin und schon jetzt mit dem unkoordiniert steigenden "Stromwildwuchs" der Windturbinen bei Volllast-Betrieb ? Internationale Probleme treten schon jetzt mit Nachbarländern auf.

Man erkennt insgesamt, wie irrational die Annahme ist, daß die erneuerbaren Energien mit ihren unerlässlichen Schattenkraftwerken nennenswert CO₂ einparen oder etwa "billigen" Strom liefern könnten. Wirtschaftlich sind sie **ausschließlich** für die WKA-Hersteller und -Betreiber (EEG). Sie werden über die vom Bürger zu tragenden, ständig steigenden Stromkosten, also unsere Kaufkraft, übersubventioniert !

Natürlich kann die vorliegende Art der alternativen Energiegewinnung wegen der physikalischen Gesetzmäßigkeiten heute auch nicht im Geringsten zu einer, wie illusioniert, "autarken" Versorgung in Osterholz-Scharmbeck oder sonst wo beitragen. Weder praktisch, noch unsinnigerweise "theoretisch".

Eine hochspekulative Lösung des Dilemmas:

Dezentral stationierbare, **große wirtschaftliche** Speicherverfahren entwickeln.

Daran forscht man weltweit seit vielen Jahren. Ohne erwähnenswerte Erfolge.

Heute noch kann selbst ein unwirtschaftlich teures, kleines Auto kaum mehr als 2 Stunden mit Strom-Speicherenergien bewegt werden. Die neue "Dreamliner"- Flugzeugflotte von Boing z.B. mußte kürzlich wegen gefährlicher Unausgereiftheit leichter "moderner" Lithium-Ionen-Batterien komplett aus dem Verkehr gezogen werden. Folge: Milliarden Verluste.

Fazit: Mit den vorläufigen Infrastrukturen, Fehlplanungen und der **anhaltend falschen Gewichtung und Verteilung von Subventionen**, für die unkontrollierte Verbreitung von überdimensionierten Windturbinen, wird es keine Energiewende 2030 geben. Mit ihrer Konzeptionslosigkeit baut die so genannte "Energiewende" nachweislich aus technischen, wirtschaftlichen, ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Gründen kontinuierlich riesige Problemfelder auf. Die Politik wird ihr voraussichtlich mit weiterer Flickschusterei begegnen.

Zu C. Regionale Nutzung aller möglichen Ressourcen

Das Erreichen einer **sinnvoll** und transparent betriebenen örtlichen "Energiewende", die diese Bezeichnung verdient, kann aus **volkswirtschaftlicher** Sicht, somit aus Sicht der im Wettbewerb stehenden **heimischen Wirtschaft**, aus Sicht unausweichlich **gewährleisteter steuerlicher Erlöse** für die Kommune, damit aus Sicht des **Gemeinwohls** aller Bürger vor Ort, nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen, ausschließlich über ein **regional** betriebenes Konklomerat hier traditionell ansässiger Interessenvertretungen erzielt werden. (Unter Ausschluß der Strukturen für überdimensionierten Einspeisewahnsinn, für dessen Verarbeitung es, siehe oben, nicht einmal die Netze gibt.)

Die Stadtwerke OHZ sind gefragt, dann die örtliche Volksbank mit über 1500 bürgerlichen Genossenschaftlern und die Kreissparkasse als Finanziers für verwertbare energieträchtige Investitionen. Bei transparenten sich anbietenden Genossenschafts-Projekten ergänzen die Einbindungen interessierter Bürger und hiesiger Privatunternehmen eine sinnvoll nachhaltige, nahezu grundlastfähige **regionale Energie-Gewinnung und -Verwertung**. Eine Sicherung vorhandener sowie neuer Arbeitsplätze in der Region zählten zur weiteren Positiv- Bilanz.

Es bieten sich, als diversifizierte Energie-Wertschöpfungen, beispielhaft an:

Kleine bzw. Vertikal-Turbinen (z.B. Caltech), regionale, kleine dezentrale Strom-Speichermöglichkeiten (Comeback der Nachtspeicherheizungen, siehe RWE), Warmwasser-Speicher in örtlichen Haushalten, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen,

die Ergebnisse aus bisher erfolgreich verlaufenen Versuchen der Stadtwerke mit der Kraft-Wärmekopplung für Haushalte, Betriebe und öffentl. Gebäude (Brennstoffzelle) zählen, Blockheiz-Kraftwerke (BHKW) für Haushalte und Betriebe etc., Geothermie, energetische Nutzung der öffentlichen Abwässer, Einführung des elektronischen "Energiebutlers" zu wirksamer Strompreisreduzierung und Hilfe zur Grundlastregulierung (siehe Stadt Mannheim) sowie "smartbox" (EWE), örtliche Nutzung von Strom aus Fotovoltaik usw.

Die Fortschritte in diesen Bereichen sind erstaunlich oder vielversprechend. Kooperationen mit Kommunen, die auf diesen Gebieten bereits erfolgreich sind, bieten sich an.

Das angeblich windträchtige Gebiet der "Lange Heide" muß freigehalten werden für vorstehend genannte Alternativen neu entwickelbarer, sozialverträglicher und ökologisch vertretbarer Verbundsysteme regionaler Energieerzeugung und -Nutzung.

Für die Region.

Es ist durch nichts vertretbar, daß das Naherholungs-Gebiet "Lange Heide" zu extremen Lasten der Bürger den paar Profiteuren durch Ihre FNP-Zustimmung in die Hände gespielt wird. Und dies lediglich für das Scheinargument einer in allerhöchstem Maße zweifelhaften, schon jetzt sich als tragisch verfehlt herausstellenden, allgemeinen sogenannten "Energiewende" in Deutschland.

Zu D. Nicht gesetzeskonforme Bauleitplanung

Im Planungsgebiet Lange Heide konkurrieren laut RROP, auf gleicher Fläche, Windernergienutzung (Vorranggebiet O1), Landschaftsschutz (pot. Vorbehaltsgebiet, Karte 3.5.2-9 RROP), Naturschutz (pot. Vorhaltsgebiet, Karte 3.5.2-9 RROP) miteinander.

Der Umweltbericht vom 17. Okt.2012 stellt fest, daß die Flächennutzungsplanänderung zu einer Beeinträchtigung des Schutzgutes "Landschaftsbild" führen wird. Die Verunstaltung des Landschaftsbildes durch die Errichtung der WKA wird auch entsprechend mit "hoch" bewertet. Dennoch werden alle erkannten Probleme billigend in Kauf genommen.

Fazit: Die Abwägung hat die Schutzbelange von Landschafts- und Naturschutz einseitig vernachlässigt. § 23 und 26 BnatSchG verbieten alle Handlungen, die dem besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen. Hier liegt im Abwägungsvorgang ein schwerwiegender Fehler vor. Um für den FNP Rechtssicherheit zu schaffen, müßte der Abwägungsprozeß durch unabhängige Fachleute wiederholt werden.

Angesichts der beschriebenen Gesamt-Problematik der Planungen gewinnt diese Bauleitplanung ein viel bedeutenderes Gewicht.

Mit einer gebotenen Lernzeit-Phase und oben gen. Planaspekte ließe sich unschwer eine gesetzeskonforme und insbesondere sozial und moralisch unangreifbare Bauleitplanung für eine gemäßigte, aber sinngebende regionale Verbundlösung erstellen.

Fazit für den "Abwägungsprozeß:

Die geplante, den Gesamtgegebenheiten **nicht** entsprechende, Freigabe für eine Bebauung durch die 71. Änderung des Fl.-Nutzungsplanes "Lange Heide" mit großen Windturbinen, ergibt für die regionale Wirtschaft, die Kommune sowie die Bevölkerung **keinerlei** absehbaren Nutzen.

Nur die Belastungen mit unabsehbaren sowie absehbaren Folgen für die Gesundheit von Bürgern mit Werteverfall ihrer Immobilien, Naherholung usw. sowie Ignoranz des Gemeinwohls, wären vorprogrammiert.

Für wen ? Für was ?

Zu E. Gewerbesteuer-Hoffnungen

* Selbst die Hoffnung darauf in rd. 12 Jahren nach der externen EEG-Ausbeute würde voraussichtlich platzen wie eine Seifenblase:

Es ist nicht gewährleistet, daß neben den legalen Steuervermeidungs-Strategien die Steuerfluchtmöglichkeiten durch gewiefte Experten nicht anhaltend Bestand haben werden. Auch bei möglichen Gesetzesänderungen in ferner Zeit könnte bis zu ihrer Verabschiedung "rechtzeitig" reagiert werden. Vertragsbrechende legale Organisations- und Schlupfmöglichkeiten sowie bestenfalls beträchtlich wirkende Strategien für Steuerminderungen sind nicht verhinderbar. Beachtlich ist ferner die jüngste Absicht des Energieministers, schon jetzt die horrenden Subventionen, also auch Gewerbesteuern reduzierende Gewinne für die WKA-Betreiber, sogar rückwirkend, zu schmälern. Die Netzengpässe bedingen schon jetzt Abschaltquoten bei Vollastbetrieb. Auch mögliche gerichtlich verfügte nächtliche Abschaltungen, zum Schutz der Bevölkerung, wirken sich auf Gewerbesteuern aus. Wer oder was garantiert eigentlich, z.B. bei "zufälligen" Betreiber-Insolvenzen, Eigentümer- wechseln etc., daß nach statischem Verbrauch der Mammut-Windräder in 15- bis 20 Jahren der aufwendige Rückbau nicht durch die regionalen Steuerzahler getragen werden muß ?

Fazit:

Die Hoffnung auf Gewerbesteuer-Einnahmen über die Betreiber bleiben insgesamt eine risikoreiche, unbeherrschbare Komponente mit Unbekanntem.

Ferner: Auch einschaltbare Bürgen wissen ihre Risiken abzuschätzen und schränken ein.

Aus der (für Sie ggf. verwertbaren) Summe vorgenannter beispielgebender Gründe appelliert die Bürgerinitiative Windpark Lange Heide, einem Moratorium, einer Aussetzung der 71. Änderung des FLNP Lange Heide für 2-3 Jahre, zuzustimmen.

Folgen Sie der plausiblen Vernunfts-Entscheidung der Stadtwerke. Dort hat man sich eine 3-jährige "Lernphase" zu einer sinngebenden Nutzung der Windenergie auferlegt.

Wir erwarten von allen regionalen Politikern, daß sie eine individuelle, unabhängig

**verantwortungsvolle und verstandesgemäÙe Gewissens-Entscheidung für die regioalen Belange ihrer Wähler treffen.
Ihre Entscheidungen werden sich, unausweichlich, nachhaltig auswirken.**

Mit freundlichen GrüÙen

Bürgerinitiative Windpark Lange Heide